

Pressemitteilung

Corona: Krankenhäuser unter Druck – Politik in der Pflicht

Der Marburger Bund fordert ein entschlossenes politisches Handeln im Hinblick auf die Pandemiebekämpfung und die Impfstrategie. Die Ärztevereinigung appelliert im Vorfeld der anstehenden Bund-Länder-Konferenz an Bundes- und Landespolitik, alles dafür zu tun, eine Überlastung des Gesundheitswesens in Niedersachsen zu verhindern.

„Auch in unseren Krankenhäusern spitzt sich die Lage zu. Niedersachsen ist keine Insel, die von den Entwicklungen umliegender Bundesländer abgekoppelt ist“, betont Hans Martin Wollenberg, Erster Vorsitzender des Marburger Bundes Niedersachsen. „Auch in Niedersachsen werden angesichts einer zu hohen Zahl ungeimpfter Erwachsener in den nächsten Monaten zunehmend mehr Menschen schwer an COVID-19 erkranken. Etliche Krankenhäuser und die Gesundheitsämter werden erneut an die Grenze ihrer Belastungsfähigkeit stoßen. Deshalb müssen wir auch in den Krankenhäusern impfen, um diese kommende Belastung für unsere eigenen Kollegen im Krankenhaus möglichst noch zu verringern. Es kann nicht sein, dass wir eine wichtige Rolle in der Daseinsvorsorge für unsere Krankenhäuser reklamieren und vor dieser Aufgabe kneifen“, macht Wollenberg deutlich.

Andreas Hammerschmidt, Zweiter Vorsitzender des Landesverbandes, weist auf die ununterbrochene Belastung des Personals hin: „Bei den Kolleginnen und Kollegen in den Kliniken haben 20 Monate Dauereinsatz deutliche Spuren hinterlassen. Während der vier Wellen stemmen sie die Behandlung der Corona-Patienten. Zwischen diesen extremen Belastungsphasen müssen zahlreiche Eingriffe nachgeholt werden. Viele sind frustriert und erwarten von der Politik endlich entschlossene Maßnahmen gegen die Pandemie.“

Der Marburger Bund begrüßt die Ankündigung der Landesregierung, die Corona-Verordnung entsprechend zu verschärfen: „Wir erwarten, dass einige Maßnahmen auch unabhängig von Warnstufen angewandt werden, bis sich die Infektionslage entspannt“, erklärt Hammerschmidt. In diesem Zusammenhang fordert der Marburger Bund die 2G-Regel für Teile des öffentlichen Lebens. „Wo Menschen eng zusammenkommen und wo besonders vulnerable Gruppen geschützt werden müssen, können wir uns auch eine 2G-Plus-Regel vorstellen“, verdeutlicht Wollenberg. Veranstaltungen sollten generell mindestens unter 2G-Regeln stattfinden.

Der Marburger Bund Niedersachsen begrüßt die Ankündigungen zur Home-Office-Pflicht, der 3G-Regelung am Arbeitsplatz und die Wiedereinführung kostenfreier Bürgertests. Zudem müssten die Kommunen die Umsetzung der Regularien wesentlich strenger kontrollieren.

Hammerschmidt fordert, die Impfkampagne des Landes stärker zu forcieren. „Hausärzte, Fachärzte und Betriebsärzte leisten einen gewaltigen Beitrag zur Impfstrategie. Mobile Impfteams sind aber nach wie vor wichtig, um auch Menschen zu erreichen, die sonst keine Schutzimpfung in Anspruch nehmen würden. Hier bleibt derzeit Potential ungenutzt.“

Bei Bedarf sollten Impfzentren wieder geöffnet werden: „Wir bekommen aus verschiedenen Regionen Deutschlands bereits Signale, dass die Hausärzte den Ansturm kaum bewältigen können. Einzelne Kommunen eröffnen wieder Impfzentren. Das halten wir überall dort für richtig, wo es absehbar zu einem Impfstau kommt“, erläutert Hammerschmidt.

„Die Impfkampagne muss noch stärker auf notwendige Auffrischungsimpfungen ausgerichtet werden. Wir müssen jetzt mit allen Möglichkeiten gegen die Pandemie animpfen. Impfungen sind der einzige Weg aus dieser Pandemie – und retten Leben“, fasst Wollenberg zusammen.

Hannover, den 16. November 2021

Pressekontakt: Anna Dierking, Pressereferentin Marburger Bund Niedersachsen,
Mobil: 0172 6473849, dierking@mb-niedersachsen.de